
cenjur®
CE juristisch-politisches
Info-Magazin von
SEIDL®

Deutschland hat gewählt
Zum vermeintlichen Anti-Amerikanismus – ein Erklärungsversuch
Zur Lage der Nation: - Einblicke - Ausblicke - Vorschläge

Freiburg/Bad Krozingen 25. September 2002 -

Diese Regierung regiert nun Deutschland in der schwierigsten Zeit seit Kriegsende. Rezession, Währungsumstellung, bei der wohl nur Mathematiker, Börsianer und Werbestrategen das Wort hatten - wer beachtete schon das Langzeitgedächtnis und was darin wie abgespeichert wird? Jeder Psychologe weiss, dass sich unser Gedächtnis nicht in dieser kurzen Zeit auf die neue Währung umstellen konnte und kann. Minimum 1 Jahr benötigt der Mensch – die Bevölkerung des Mitgliedstaates Deutschland jedoch stellte man per 01.01.2002 vor vollendete Tatsachen.

cenjur hält die Art und Weise der Währungsumstellung für rechtswidrig und betrachtet sie als einen enteignungsgleichen

Eingriff. Mangels Entschädigungsregelung ist sie verfassungswidrig.

Insolvenzen, feindliche Übernahmen, undurchsichtige Inhaberaktien brachten unbekannte Investoren in deutsche Konzerne. Wer kontrolliert mehrheitlich die Deutsche Bank, wer BASF, SIEMENS, Hoechst, heute Aventis, wer DaimlerChrysler, ARAL, DEA, Ruhrgas, Gelsenberg, DEGUSSA, Commerzbank, VEBA, e.on, VW? Woher kommen denn die Arbeitslosen? Wer entlässt denn warum? Die Investoren wollen Geld sehen. Kaufen, entlassen, sanieren, kassieren, verkaufen heisst die Devise auf dem deutschen Unternehmensmarkt. Angelsächsische Kapitalmarktsitten mit Namensaktien wie Amerika wurden auf einem Markt mit Inhaberaktien wie Deutschland eingeführt, statt man die gute altbewährte Form

der Mischkonzerne beibehielt. Reduktion auf das Kerngeschäft – wie fatal und falsch.

Waffengleichheit? Was bitte, schafft denn die Reduktion auf das Kerngeschäft? Neue Superkartelle, Arbeitslose und eine handvoll Aktionäre, die so weltweit alles kontrollieren. Bekanntlich verfügen England und Amerika im Gegensatz zu Deutschland über Namensaktien! Waffengleichheit, wenn der Eine über Inhaber- der Andere über Namensaktien verfügt? Erstrebenswerter Zustand oder Mischkonzerne und Artenvielfalt?

Woher kommt denn der Anti-Amerikanismus in Deutschland wirklich? Weil Deutschland etwa vergessen hat, wer an der Grenze zur ehemaligen DDR zu unserer Sicherheit stationiert war? Mit Sicherheit nicht. Weil man der deutschen Bevölkerung nicht erklärt, wer vor Ausbruch des 2ten Weltkrieges eigentlich mehrheitlich die Grosskonzerne BASF, BAYER, Hoechst, Krupp, Thyssen sowie Bankhäuser kontrollierte? Nein, da mutet es nur merkwürdig an, dass England die Öffnung der geheimen Staatsarchive bis 2045 blockiert, die Klarheit bringen könnten.

Ist der vermeintliche Anti-Amerikanismus in Deutschland Ausdruck der Verzweiflung?

US-Amerikanische Investoren sind zwischenzeitlich in hohem Masse in deutschen Gross-

konzernen wie BASF, Hoechst, Deutsche Bank, SIEMENS, VW, um nur einige zu nennen. Für eine hohe Zahl der arbeitenden Bevölkerung bedeutete dies Verlust des Arbeitsplatzes. Anti-Amerikanismus in Deutschland hat eine – verständliche – Ursache. Aber er muss erklärt werden, Amerika und unserer Bevölkerung.



Amerika ist unser Freund, nicht unser Feind. Amerika ist aber auch Europas grösster Konkurrent, aber nicht sein Feind. Freunde können Konkurrenten sein und sind es sehr oft im Leben. Aber Feinde sind Feinde, keine Konkurrenten. – Verwenden wir nicht mehr denn je in Deutschland Nachrichten der AP, zugunsten anderer Agenturen?

Amerika hat derzeit ein grosses finanzielles Problem, wie Deutschland. Ja, wir stehen vor einer Weltwirtschaftskrise, aber wir sehen auch durch die immer stärker werdenden Naturkatastrophen, dass wir aufeinander angewiesen sind, uns brauchen. Wir sollten unsere Kraft dort einsetzen, wo sie gebraucht wird. Für uns und für die Natur. Nicht gegen uns und gegen die Natur.

Das 11-Punkte-Programm von cenjur

1. Ganz schnell sollte die Regierung eine **Gesetzesänderung herbeiführen, nach der alle börsennotierten Aktiengesellschaften ihre Aktien auf Namensaktie umstellen MÜSSEN.** Transparenz schaffen wie durch die Alliierten nach dem 2ten Weltkrieg um zu sehen, wer überhaupt den Konzern kontrolliert.
2. **Haftung für das Amt in Politik und Wirtschaft:** wer ein Unternehmen grob fahrlässig in die Insolvenz führt oder dessen Unternehmen feindlich übernommen wird, haftet, soweit nicht gesetzlich schon geregelt, künftig mit seinem Privatbesitz und Gehalt. Gleiches gilt für Abgeordnete, die vom Amt zurücktreten mussten oder vorzeitig ihr Amt zur Verfügung stellen (Beispiel Lafontaine, Scharping).
3. **Stärkere Aktivitäten des Mitgliedstaates Deutschland innerhalb der EU,** wie dies auch seitens Schwedens, Englands, Dänemarks, Frankreichs, Hollands und Italiens der Fall ist. Die Osterweiterung steht an und die Iren werden wohl Nizza ablehnen. **Schaffung eines Europa-Ministeriums.**
4. Der IT-Bereich ist sträflich in Deutschland vernachlässigt. IT-Unternehmen werden seitens der Banken und Finanzämter falsch bewertet, da hier die Fachkompetenz fehlt. **Schaffung eines IT-Ministeriums.**
5. **Neubesetzung des Finanzministeriums** mit einem Wirtschafts- und Finanzfachmann.
6. Einsetzung einer **Sonderkommission** unter Beteiligung von Angehörigen der betroffenen Bevölkerung zur **Überprüfung der Privatisierungen Treuhand und LPG.**
7. **Haftung des Anwalts mit seinen Gebühren.** Bei Prozessverlust entscheidet das urteilende Gericht, ob überhaupt und in welcher Höhe der Mandant Anwaltsgebühren seinem Anwalt zu zahlen hat.
8. Die Anwaltsgebühren im Insolvenzverfahren werden **dergestalt geändert, als der Anwalt nicht erhöhte Gebühren bei Insolvenzeröffnung erhält, sondern wenn erfolgreich saniert wurde.**
9. **Offenlegung der Anwaltsgebühren** für vorläufiges Insolvenzverfahren und Insolvenzeröffnung.
10. **Der ehemalige Betriebsrat erhält ein Kontrollrecht über die Tätigkeiten der Insolvenzverwaltung.** Er erstellt ebenfalls ein durch das Insolvenzgericht zu berücksichtigendes Gutachten.
11. **Die Insolvenzverwalter müssen eine ¼-jährliche Statistik für jeden einsichtbar abliefern,** damit offenkundig und transparent wird, wer in welchem Verhältnis sanieren konnte oder es zur Insolvenzeröffnung kam. Auch hier müssen die schwarzen Schafe an den Pranger.

,50:1 sei die „Erfolgsbilanz“ ihres Insolvenzverwalters‘, berichteten Arbeitnehmer eines insolventen Unternehmens in NRW. 50 Insolvenzeröffnungen und nur 1 Sanierung. Es muss endlich Gerechtigkeit im Sinne des Arbeitnehmers hergestellt werden. Es kann nicht angehen, dass der Anwalt saniert wird, nicht jedoch das Unternehmen und die vielen Arbeitsplätze. Es kann und darf in diesem Land nicht weiter angehen, dass Unschuldige durch Anwaltsfehler in den Ruin getrieben werden. Hier muss es zu einer Änderung in der Gebührenabrechnung kommen. Mehr als 16 Jahre hatte die FDP dieses wichtige Justizministerium inne und wie sehen unsere Gesetze aus? Mehr als 16 Jahre hatte die FDP das Wirtschaftsministerium inne und wie sieht unsere Wirtschaft aus?

Im Februar 2002 war eigentlich der nun folgende blaue Brief fällig. Deutschlands Haushaltsdefizit betrug schon vor der Hochwasser-

katastrophe 3 bzw. 3,2 %. Doch wie nutzen wir die Jahrhundertchance der Jahrhundertflut, man schaue sich das Trauerspiel an. Nichts entschuldet, die Menschen verzweifelt und doch hoffnungsvoll, Spenden und Möglichkeiten ohne Ende, aber der Beamtenstaat fordert seinen Tribut: von gespendeten 300.000.000,-- Euro verschlingt der Beamtenstaat 200.000.000,--. Und wenn die notleidende Bevölkerung Glück hat, erhält sie irgendwann vielleicht die restlichen 100.000.000,-- Euro, dann, wenn sie bereits ein Vielfaches aufwenden mussten.

Makaber mutet es schon an, dass Insolvenzdatenbanken aufgebaut werden, statt Sanierungshinweise und -hilfen. Offensichtlich erfreut und bereichert man sich noch am Leid der lohnabhängigen Bevölkerung.

Gudrun Seidl

http://www.cenjur.de/cenjur/pm_BRAGO.pdf

Linkhinweise:

<http://www.bundesfinanzministerium.de/Bundesbeteiligungen-500.htm> – Privatisierung von Bundesvermögen
http://www.minet.uni-jena.de/~aml/infosem/tex_archiv/www_archiv/node46.html – Langzeitgedächtnis
<http://www.fu-berlin.de/jura/fachbereich/lehreundforschung/professoren/heintzen/materialien/staatshaftung-ws99/1999-11-23.html> – zum Thema „Enteignungsgleicher Eingriff“
http://www.cenjur.de/cenjur/pmemailcab_kaktie.htm Namens- Inhaberaktie – Öffnung der Geheimarchive
http://www.cenjur.de/cenjur/pmemailcab_kaktie.htm Namens- Inhaberaktie
<http://www.cenjur.de/elsa.htm> – die Insolvenz der ELSA AG
<http://www.cenjur.de/tabula.htm> - Bundestagswahl - 10 Fragen – keine Partei hat Stellung bezogen
http://www.cenjur.de/cenjur/pm_eichel200802.htm – zur Hochwasserkatastrophe – wie man helfen kann...
<http://www.cenjur.de/europa/osterweiterung.htm> – cenjur zur Osterweiterung
http://www.seidl.de/europa/nizza_linkohrmdep.htm – Rolf Linkohr, MdEP zum Iren-Nein Nizza